

BUND übt massive Kritik an Umgehung

Straßenbau Geplante Trassenführung bei Straßenhaus lehnt Verband kategorisch ab

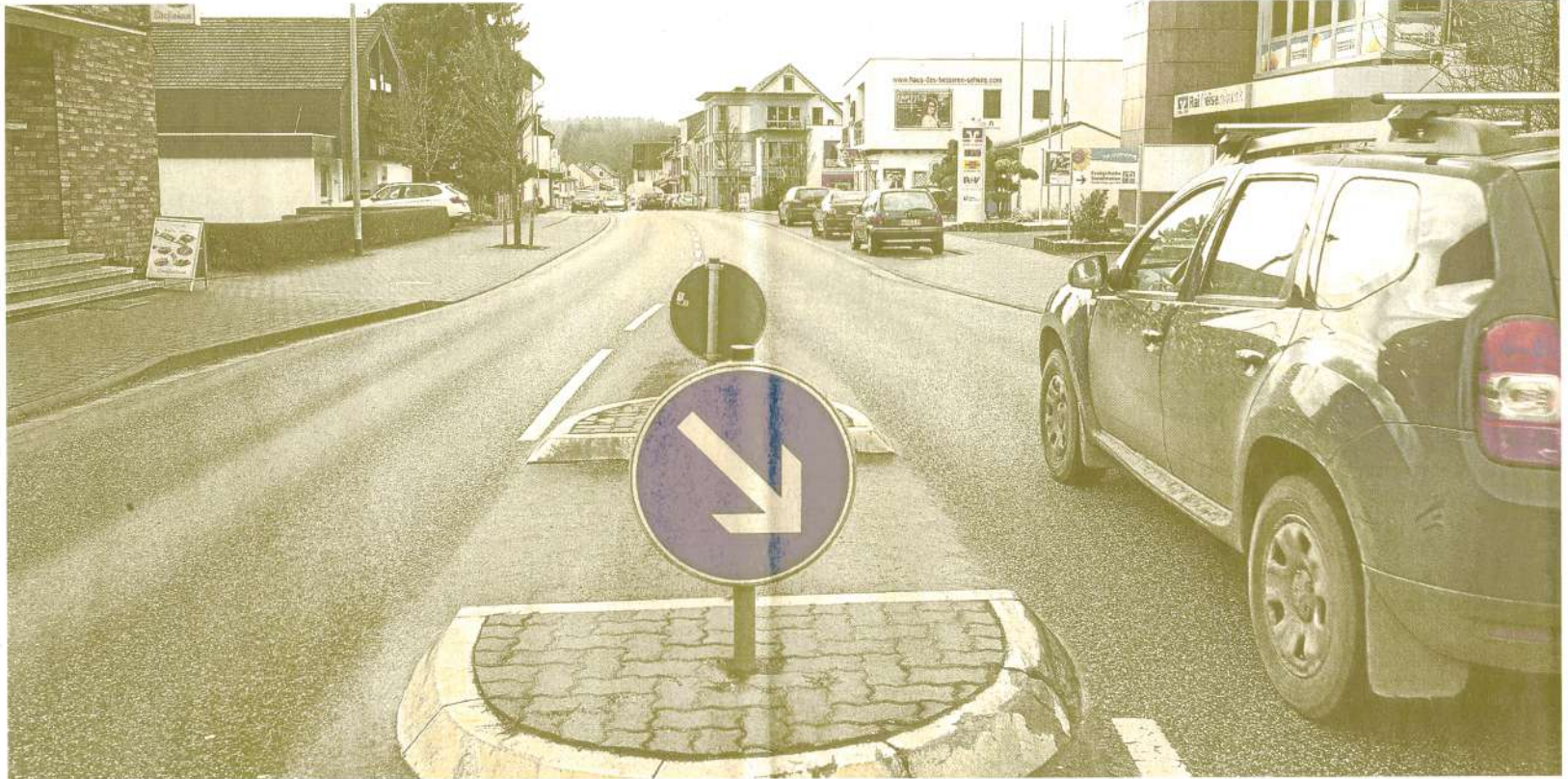
Von unserem Redakteur
Robin Brand

■ **Straßenhaus.** Die Umgehung Straßenhaus steht im Bundesverkehrswegeplan bekanntlich unter „Vordringlicher Bedarf“, wann sie gebaut wird, ist damit nicht gesagt. In der nun beendeten Öffentlichkeitsbeteiligung hat der BUND klar Stellung gegen das Bauvorhaben bezogen. An verantwortlicher Stelle dürfte dem Wort des Verbands durchaus Gewicht beigemessen werden.

„Wertvoller alter Wald, Extensivwiesen, ein natürlicher Bachlauf wären betroffen, Ruhezeiten für Menschen und Fauna wären unausgleichbar gestört und entwertet.“

Die Naturschutzbedenken sind nicht die einzigen Argumente, die der BUND gegen die geplante Umgehung Straßenhaus in seiner Stellungnahme vorgebracht hat.

Im RZ-Gespräch betont Egbert Bialk, Leiter der Regionalgruppe des Verbands, dass er für die Umgehung keinen vordringlichen Bedarf erkennen könne. Projekte „einfach nach dem Gießkannenprinzip“ zu priorisieren, ergebe keinen Sinn. „Unter 20 000 Fahrzeuge am Tag würde ich gar nicht über eine Umgehung nachden-



Gar nicht so viel los? Der BUND findet: Für die Umgehung Straßenhaus besteht kein vordringlicher Bedarf.

Foto: Robin Brand

ken“, sagt Bialk. „Das hat nichts mit verantwortungsvoller Planung zu tun.“ Er fordert, das Projekt aus dem vordringlichen Bedarf herauszunehmen. Dass das passiert, hält er für möglich. Denn: „Wenn alle Projekte im Verkehrswegeplan realisiert würden, wären sie erst 2150 abgearbeitet.“ Die Öffentlichkeitsbeteiligung habe dazu gedient, Widerstandspotenziale einzuschätzen – und davon gebe es in Straßenhaus reichlich, was den Ausschlag zugunsten anderer Projekte geben könne. Genau davor hatte schon nach Vorstellung des Bundesverkehrswegeplans Fabian Göttlich, IHK-Geschäftsstel-

lenleiter und Befürworter der Umgehung, gewarnt und festgestellt: „Es ist ein ganz wichtiges Kriterium, dass regionaler Konsens darüber herrscht, dass die Umgehung letzten Endes auch kommt.“

Gegen die Umgehung spricht aus Sicht des BUND, dass sich die Eingriffe in die Natur nicht ausgleichen ließen. Alter Wald, Extensivwiesen und ein Bachlauf wären unausgleichbar gestört, Ruhezeiten entwertet, schreibt der Verband in seiner Stellungnahme. Durch den beschleunigten Verkehr über die Umgehung erwartet der BUND erhöhte Emissionen: „Ein deutlicher Widerspruch zu

den Klimaschutzziele der Bundesregierung.“ Außerdem seien Alternativen nicht ausreichend überprüft worden – und diese sieht der BUND nicht wie die Bürgerinitiative in einem Tunnel, sondern in einer innerörtlichen Verkehrsberuhigung.

Zu der geplanten Trasse führt der Verband an, dass der Abstand zu Wohn- und Erholungsgebieten zu gering sei, die Brückenbauten und Erdbewegungen unverhältnismäßig teuer für eine einfache Ortsentlastung. Zudem glaubt Bialk, dass die Gemeinde die Nachteile für den Handel falsch einschätzt. „Der Ortskern würde ver-

öden“, sagt Bialk. Jedoch sei das Zukunftsmusik, denn „Baurecht im Zuge eines Planfeststellungsverfahrens ist auf Jahre hin nicht erreichbar, zudem sind juristische Auseinandersetzungen absehbar. Gegen die bisherige Vorgehensweise der Gemeinde, sich über Bauungspläne Baurecht zu verschaffen, erheben wir für den Bau einer Bundesstraße formale Bedenken“, schreibt der Verband schließlich in der Stellungnahme und kommt zu dem Schluss: „Wir fordern, die Ortsumgehung Straßenhaus im Bundesverkehrswegeplan aus dem vordringlichen Bedarf herauszunehmen.“